

ElternSTIMME e.V.

Langer Lohberg 53 | 23552 Lübeck | post@elternstimme.org

.....

PRESSEMITTEILUNG

ElternSTIMME schließt sich der Kritik an geplanter Beitragserhöhung an

Lübeck, Januar 2022. Erneut plant Lübeck in den städtischen Kitas Anhebungen der Elternbeiträge. Die Betreuungskosten sollen um 2 % angehoben, die Kernzeiten der Betreuung reduziert und die Verpflegungskosten mehr als verdoppelt werden. Die Lübecker Kreis- und Stadtelterntvertretungen (KEV und SEV) hatten die Pläne scharf kritisiert. Der Verein ElternSTIMME e.V. schließt sich dieser Kritik nun in allen Punkten an.

Die Stadt hatte erklärt, dass ihr aufgrund der Vorgaben der Kita-Reform zusätzliche Kosten entstünden, die Lübeck nicht tragen könne. Wie die KEV bereits erläutert hat, ist dies nach Angaben der Landesregierung jedoch nicht richtig. Nicht nur haben alle Regierungsparteien zugesichert, dass auf Lübeck keine zusätzlichen Kosten zukommen werden, Staatssekretär Dr. Matthias Badenhop hatte im Rahmen einer Informationsveranstaltung im Januar 2020 in Lübeck zusätzlich erklärt, dass in Lübeck durch die Reform zusätzliche Mittel frei würden. Diese könnten beispielsweise für eine weitere Reduzierung der Elternbeiträge oder eine höhere Betreuungsqualität eingesetzt werden. Dies hatte er in einem Schreiben an die Lübecker Kreiselterntvertretung und den Verein ElternSTIMME im Februar 2020 erneut bestätigt. "Entweder Lübeck hat durch die Kita-Reform mehr Geld für Kinderbetreuung zur Verfügung, wie von der Landesregierung erklärt, oder die Vorgaben der Kita-Reform sind für Lübeck finanziell nicht zu stemmen, wie es Bürgermeister Jan Lindenau bemängelt. Es kann nicht beides stimmen" stellt Anna Sondermann, Vorstandsmitglied bei ElternSTIMME, fest. Aus diesem Grund hat der Verein Badenhop erneut angeschrieben und um Klärung gebeten.

Einen Versuch, die Elternbeiträge zu erhöhen, hatte die Stadt bereits im letzten Jahr unternommen, dann aber kurzfristig zurückgezogen. "An der Situation vom letzten Jahr hat sich aus Elternsicht nichts geändert", erklärt Nicole Lindenberg, ehemalige Vorsitzende der KEV und Mitglied bei ElternSTIMME. "Es gibt jetzt sogar noch zusätzliche Gründe, die gegen eine

weitere Belastung der Familien sprechen.“ Familien sind durch die Corona-Pandemie seit zwei Jahren teils weit über ihre Belastungsgrenzen hinaus gefordert. Auch die finanzielle Zusatzbelastung, beispielsweise durch die vielen nötigen Kinderkranktage für fehlende Kita-Betreuung ist groß. “Kinder und ihre Familien haben ihren Soll zur Bewältigung der Pandemie mehr als erfüllt“ so Lindenberg weiter. “Es ist Zeit, dass die Politik das anerkennt und den Familien nicht noch mehr zumutet.“

Der Verein ist der Ansicht, dass eine Erhöhung der Kosten für Eltern ein großer Fehler ist. Seit Jahren setzen sich die Mitglieder für beitragsfreie Kitas ein. Kitas sind Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und diese darf nichts kosten. “Beitragsfreiheit ist ein wichtiger Baustein der Bildungsgerechtigkeit.“ so Lou Arndt, ebenfalls Vorstandsmitglied. “Zugang zu Bildung muss jedem Kind freistehen und darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.“ Die geplanten Erhöhungen sind unter anderem deshalb in hohem Maße ungerecht, weil sie kinderreiche Familien und Alleinerziehende besonders hart treffen, denn es gibt keine Geschwisterermäßigung auf Essensbeiträge und diese werden nicht unter getrenntlebenden Eltern aufgeteilt.

Hinzu kommt, dass seit Monaten in vielen Einrichtungen die Betreuungsqualität unter den coronabedingten Einschränkungen stark leidet. Aufgrund der vielen pandemiebedingten Ausfälle bei den Kitamitarbeitenden werden Gruppen zusammengelegt, Betreuungszeiten reduziert und teils sogar Einrichtungen zeitweise komplett geschlossen, weil schlicht das Personal fehlt. Für Familien bedeutet das, dass die Betreuungsqualität abnimmt, die Kosten aber steigen sollen.

Ein weiteres Problem der städtischen Pläne ist die Reduzierung der Betreuungszeiten. Die Kernzeit der Betreuung soll zukünftig freitags um 13:30 Uhr statt wie bisher um 14:00 Uhr enden. Das bedeutet zum einen, dass Eltern, die ihr Kind nicht bereits um diese Zeit abholen können, ein zusätzliches Stundenkontingent kostenpflichtig zubuchen müssen, d.h. zu den angehobenen Gesamtbeiträgen und dem verdoppelten Verpflegungssatz fallen noch weitere Kosten an. Zum anderen stellt die reduzierte Kernzeit ein Problem für den Alltag der Kitakinder dar. Denn wie auch bereits die KEV anmahnte, haben Krippenkinder um diese Zeit häufig ihren Mittagsschlaf noch nicht beendet und müssten daher geweckt werden. Bei größeren Einrichtungen ergibt sich zusätzlich häufig das Problem, dass nur ein Essraum zur Verfügung steht, der von den Gruppen nacheinander genutzt

wird, so dass um 13:30 Uhr noch nicht alle Kinder das Mittagessen beendet haben.

Wir Familien fühlen uns ohnmächtig und unfair behandelt, denn das Land und Lübeck schieben sich wechselseitig die Schuld zu. Dazu Wahlkampflogans und Parteikämpfe, die alles andere als sachdienlich scheinen. Alle sind in Pressemitteilungen bereit, Familien und Kindern einen höheren Stellenwert zu geben und sie zu entlasten - schieben sich aber jeweils bei konkreten Folgekosten die Schuld der Verhinderung zu.

Wir fordern die Landesregierung und die Hansestadt Lübeck auf, dieses Spiel auf dem Rücken der Eltern zu stoppen. Wir erwarten eine klare Transparenz über die Kita-Finanzierung seitens der Stadt und des Landes. Wenn dem Lübecker Haushalt wirklich Geld aufgrund der KiTa-Reform fehlen sollte, ist dieses Problem von der Stadt beim Land zu adressieren und nicht von den Eltern zu zahlen. Dass die Verpflegungsgebühren jahrelang nicht erhöht wurden und nun angeblich deshalb über 100 % steigen müssen, ist auch kein Versäumnis der Eltern.

Zudem wäre es hilfreich, wenn die Verpflegungskosten im KiTa-Gesetz gedeckelt werden und eindeutig formuliert wird, was genau eingerechnet werden kann und was nicht. Eine Einbeziehung der Verpflegungsbeiträge in die Geschwisterermäßigung würde Familien mit mehreren Kindern entlasten.

Zusammengefasst sind die Pläne der Stadt aus Elternsicht also nicht nur wirtschaftlich fragwürdig, sondern auch pädagogisch nachteilig, sozial ungerecht und finanziell für die ohnehin schon überlasteten Familien nicht tragbar.

ElternSTIMME e.V. ist ein gemeinnütziger Verein aus Lübeck, der Eltern eine Stimme geben will. Er unterstützt Ziele rund um das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Kontakt: post@elternstimme.org